

Wie die Schweiz durch unsichere Zeiten navigiert

Uwe Guntern

Geopolitische Spannungen, wirtschaftliche Schocks und technologische Umbrüche erhöhen den Druck auf Unternehmen und Politik. Am Tag der Zuger Wirtschaft diskutierten rund 280 Gäste darüber, was die Schweiz braucht, um auch in einem unsicheren Umfeld stabil, innovativ und wettbewerbsfähig zu bleiben.

Die Zeiten, in denen sich wirtschaftliche Risiken weitgehend berechnen und Entwicklungen über Jahre vorausplanen liessen, scheinen vorbei. Handelskonflikte, geopolitische Spannungen, technologische Umbrüche und wirtschaftliche Unsicherheiten verändern das Umfeld für Unternehmen mit hoher Geschwindigkeit. Für die Schweiz stellt sich deshalb eine grundsätzliche Frage: Wie lässt sich Stabilität bewahren, ohne sich von der Welt abzuschotten?

Genau dieser Frage widmete sich am Dienstag, 25. August, der Tag der Zuger Wirtschaft 2026 im Theater Casino Zug. Rund 280 Vertreterinnen und Vertreter aus Wirtschaft, Politik und Wissenschaft folgten der Einladung der Zuger Wirtschaftskammer. Unter dem Leitgedanken «Risiken managen, Stabilität sichern» ging es weniger um konkrete Krisenszenarien als um die Fähigkeit, mit Unsicherheit umzugehen. Die Botschaft des Abends war dabei bemerkenswert klar: Widerstandskraft bedeutet nicht, Risiken auszuschalten. Sie bedeutet, sie frühzeitig zu erkennen, mit ihnen umzugehen und auch dann handlungsfähig zu bleiben, wenn Entwicklungen nicht vorhersehbar sind.

Stabilität ist kein Selbstläufer

Dr. Katharina M. Gasser, Präsidentin der Zuger Wirtschaftskammer, eröffnete den Anlass mit einem Gedanken, der sich wie ein roter Faden durch den Abend zog. Die Schweiz verfüge über starke Institutionen, politische Verlässlichkeit und eine hohe Innovationskraft. Diese Vorteile seien jedoch keine Selbstverständlichkeit.

Resilienz, so die zentrale Überlegung, beginnt deshalb nicht erst in der Krise. Sie entsteht im Alltag – durch vorausschauende Entscheidungen, funktionierende Institutionen, verantwortungsvolle Unternehmen und Rahmenbedingungen, die langfristiges Handeln ermöglichen. Gerade für eine kleine, international stark vernetzte Volkswirtschaft ist das von Bedeutung. Die Schweiz kann sich den globalen Veränderungen nicht entziehen. Sie ist auf offene Märkte, internationale Beziehungen, Fachkräfte, Innovation und sta-



Auf dem Podium trafen drei Perspektiven aufeinander: diejenige eines international tätigen Unternehmens, der Politik und der Wirtschaftswissenschaft. Durch den Abend führte Urs Gredig, Moderator und Anchor bei SRF.

Fotos: zvg

bile wirtschaftliche Rahmenbedingungen angewiesen. Gleichzeitig macht genau diese internationale Verflechtung das Land anfällig für Entwicklungen, die ausserhalb seiner direkten Kontrolle liegen. Die Herausforderung besteht somit darin, offen zu bleiben und gleichzeitig widerstandsfähiger zu werden.

Drei Perspektiven, eine zentrale Frage

Wie sich globale Risiken auf die Schweiz auswirken, beleuchteten drei Persönlichkeiten aus unterschiedlichen Bereichen. Andreas Berger, Group CEO der Swiss Re, brachte die Sicht eines international tätigen Rückversicherers ein. Susanne Vincenz-Stauffacher, FDP-Co-Präsidentin und Nationalrätin, vertrat die politische Perspektive. Prof. Dr. Christoph A. Schaltegger, Direktor des Instituts für Schweizer Wirtschaftspolitik an der Universität Luzern, ordnete die Entwicklungen aus wirtschaftswissenschaftlicher Sicht ein. Durch den Abend führte SRF-Moderator Urs Gredig. Gerade die unterschiedlichen Blickwinkel machten deutlich, dass wirtschaftliche Widerstandskraft nicht allein eine Aufgabe der Unternehmen ist. Sie ist ebenso eine politische und gesellschaftliche Aufgabe. Für Unternehmen bedeutet Resilienz, Lieferketten zu überprüfen, Risiken zu diversifizieren und technologische Entwicklungen nicht zu verschlafen. Für die Politik geht es darum, verlässliche Rahmenbedingungen zu schaffen und die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts nicht durch unnötige Unsicherheiten zu schwächen. Und aus volkswirtschaftlicher Sicht stellt sich die Frage, wie viel Offenheit, Regulierung und staatliche Absicherung notwendig sind, damit die Schweiz auch bei zunehmenden globalen Spannungen ihre Stärken bewahren kann.

Eine Erkenntnis des Abends lautete deshalb: Abschottung kann keine Antwort auf eine zunehmend unsichere Welt sein. Die Schweiz ist wirtschaftlich zu stark mit anderen Ländern verbunden, um sich aus globalen Entwicklungen zurückzuziehen. Offene Märkte bleiben ein entscheidender Erfolgsfaktor. Gleichzeitig braucht es die Fähigkeit, Abhängigkeiten zu erkennen und dort Alternativen zu schaffen, wo einzelne Risiken zu gross werden. Das gilt für Lieferketten ebenso wie für Energie, Technologie, Kapital oder Fachkräfte.

Dabei kommt der Innovationskraft eine besondere Rolle zu. Ein Land, das sich ständig weiterentwickelt, kann Veränderungen nicht verhindern – aber besser auf sie reagieren. Innovation ist damit nicht nur ein Instrument für Wachstum, sondern auch ein Teil der wirtschaftlichen Krisenvorsorge.

Zwischen Mut und Vorsicht

Die Diskussion zeigte zugleich, dass Risikomanagement nicht mit einer Kultur der Angst verwechselt werden darf. Wer jede Unsicherheit vermeiden will, riskiert, Chancen zu verpassen. Wer Risiken hingegen ignoriert, wird von Entwicklungen überrollt.

Gefragt ist deshalb ein Mittelweg: Risiken ernst nehmen, ohne sich von ihnen lähmen zu lassen.

Für Unternehmen bedeutet dies, Entscheidungen unter Unsicherheit treffen zu können. Dafür braucht es Informationen, strategischen Weitblick und die Bereitschaft, Annahmen regelmässig zu hinterfragen. Gerade technologische Veränderungen zeigen, wie schnell sich Geschäftsmodelle wandeln können. Was heute als Wettbewerbsvorteil gilt, kann morgen bereits zum Standard gehören.

Auch die Politik steht vor diesem Dilemma. Sie muss Stabilität schaffen, darf aber nicht versuchen, jede Veränderung zu verhindern. Verlässliche Regeln und langfristig berechenbare Rahmenbedingungen können Unternehmen mehr Sicherheit geben, als es kurzfristige staatliche Eingriffe vermögen.

Der Dialog als Teil der Resilienz

Ein weiterer Punkt wurde am Abend besonders deutlich: Widerstandskraft entsteht nicht isoliert. Sie braucht Austausch.

Wirtschaft, Politik und Wissenschaft verfügen über unterschiedliche Erfahrungen und Perspektiven. Werden diese zusammengebracht, können Risiken früher erkannt und Entwicklungen besser eingeordnet werden.

Partei ergreifen ist unüberlegt und spaltet

Das Erfolgsmodell «Schweiz» gerät aktuell gewaltig ins Wanken. Das Qualitätslabel «Neutralität» und seine Bedeutung werden durch diverse Wortspielereien – ganz nach eigenem Gusto – chameleonartig ausgelegt, verbogen und angepasst. So sind in den letzten Jahren Begriffe wie «differenzielle Neutralität», «aktive Neutralität», «kooperative Neutralität», «nichtdauernde Neutralität» oder «anständige Neutralität» entstanden. Dabei ist die Definition klar: Neutralität bedeutet, in einem Streit oder Konflikt keine Partei zu ergreifen und sich nicht einzumischen.

Doch warum wurde die Neutralität für die Schweiz so wichtig? Schweizer Soldaten waren im Mittelalter als Söldner äusserst aktiv und boten ihre Dienste fremden Mächten an. Nicht selten kämpften sie in europäischen Konflikten auf unterschiedlichen Seiten gegeneinander. Dies sollte sich ändern. 1813 erklärte die Tagsatzung die Unabhängigkeit und Neutralität der Schweiz. Am Wiener Kongress 1815 wurde die immerwährende Neutralität der Schweiz völkerrechtlich anerkannt und die Unverletzlichkeit ihres Territoriums garantiert.

Diese Neutralität hat uns über Generationen Frieden, Sicherheit und Unabhängigkeit gebracht. Im Gegensatz zu unseren Nachbarländern blieb die Schweiz bislang weitgehend von Terroranschlägen und Angriffen anderer Mächte verschont. Dies könnte sich ändern, wenn wir uns in Kriege einmischen, Partei ergreifen, Sanktionen verhängen oder unsere Staatsmedien einseitig kommunizieren lassen.



Adrian Rogger.

Foto: zvg

Bleiben wir nicht neutral und frei, droht eine Spaltung der Schweiz. Der Druck, sich in Konflikte einzumischen, kommt nicht von ungefähr. Durch die Zuwanderung leben längst Befürworter und Gegner fremder Konfliktparteien in unserem Land. Dies zeigt sich insbesondere bei Demonstrationen und Ausschreitungen. Beide Seiten fordern politische Massnahmen, beeinflussen die Gesellschaft und versuchen, ihre Haltung durchzusetzen. Lassen wir nicht zu, dass unser Schweizer Volk durch fremde Kriege gespalten wird und wir wieder auf unterschiedlichen Seiten gegeneinander kämpfen. Halten wir an der ursprünglichen Neutralität fest und stimmen am 27. September 2026 «Ja» zur Neutralitätsinitiative!

Adrian Rogger
Kantonratspräsident

Freiwillig am Limit

Der 4. Oktober 2026 scheint noch weit entfernt. In der politischen Zeitrechnung ist dieses Datum jedoch bereits sehr nah: An diesem Tag finden im Kanton Zug die Gesamtneuwahlwahlen statt – vom Regierungsrat über den Kantonratsrat bis zu den Gemeinderäten. Bei den Parteien laufen die Vorbereitungen längst. Die Findungskommissionen sind aktiv. Doch ihre Arbeit wird zunehmend schwieriger.

Denn wir steuern auf ein strukturelles Problem zu, das weit über die Politik hinausgeht: Freiwilliges Engagement gerät immer stärker unter Druck. Ob in Vereinen, bei der Feuerwehr, in sozialen oder kulturellen Organisationen – überall fehlen Menschen, die Zeit und Verantwortung übernehmen können.

Ein Blick auf den Freiwilligenmonitor 2025 offenbart: Der Hauptgrund ist selten mangelnder Wille, sondern fehlende Ressourcen. Familien- und Care-Arbeit beanspruchen immer mehr Zeit, ebenso die Anforderungen im Beruf. Arbeitszeiten, hohe Erwartungen und zunehmender Leistungsdruck lassen wenig Spielraum. Wer sich zusätzlich engagieren möchte, tut dies oft an der Grenze der Belastbarkeit. Hinzu kommt, dass viele Formen freiwilliger Arbeit schlecht oder gar nicht entschädigt werden. Für Menschen mit tiefem oder mittlerem Einkommen ist Engagement damit nicht nur eine Frage der Zeit, sondern auch der finanziellen Möglichkeiten.

Diese Realität betrifft breite Teile der Gesellschaft. Engagement wird zur Luxusfrage – obwohl es eigentlich das Fundament unseres Gemeinwesens bildet. Ohne freiwillige Arbeit funktionieren weder Gemeinden



Stefan Rothenbühler.

Foto: zvg

noch Vereine, weder Institutionen noch das soziale Miteinander. Gerade deshalb verdienen all jene besondere Anerkennung, die sich trotzdem engagieren. Sie organisieren ihren Alltag neu, verzichten auf Freizeit, übernehmen Verantwortung und halten unsere Gemeinschaft zusammen – oft im Stillen und ohne grosse Sichtbarkeit.

Wenn wir auf den Herbst 2026 und darüber hinaus blicken, sollten wir diese Leistung stärker würdigen. Freiwilliges Engagement ist keine Selbstverständlichkeit. Es braucht Zeit, Kraft und oft auch finanzielle Opfer. Wer es leistet, verdient Respekt, Anerkennung und bessere Rahmenbedingungen. Nur so bleibt unser Gemeinwesen lebendig und tragfähig.

Stefan Rothenbühler
Co-Präsident SP Unterägeri



Auch nach den Referaten und der Podiumsdiskussion bot der anschliessende Apéro Raum für persönliche Gespräche und Networking.